

SVP stellt Vorschlag für eine GLKB-Verwaltungsrätin infrage

Die Glarner Kantonalbank schlägt die Ökonomin und Wirtschaftsprüferin Sonja Stirnimann als neue Verwaltungsrätin vor. Doch die SVP-Fraktion hätte lieber mehr Glarner im Verwaltungsrat.

VON FRIDOLIN RAST

Die SVP-Fraktion im Landrat meldet sich zu den Ersatzwahlen in den Verwaltungsrat der Glarner Kantonalbank (GLKB) zu Wort. In einer Interpellation rühmt sie die Arbeit und den Erfolg der Bank. Dann aber äussert die SVP «grosse Besorgnis».

Die SVP-Fraktion «nimmt mit Freude von der positiven Entwicklung der GLKB im vergangenen Geschäftsjahr Kenntnis». Die Gewinne seien in den vergangenen Jahren «nachhaltig» gestiegen, die Bank habe neue und zukunftsstrahlende Geschäftsfelder entwickelt und dabei im Kanton attraktive Arbeitsplätze geschaffen. Die SVP-Fraktion dankt der GLKB, ihrem Verwaltungsrat, der Geschäftsleitung und den Mitarbeitenden und anerkennt ihre Leistungen.

«Erfahrene und versierte» Kandidatin vorgeschlagen

Nun tritt auf die Generalversammlung vom 26. April Verwaltungsrat Peter Rufibach zurück, auf seinen eigenen Wunsch, wie die GLKB in ihrer Einladung erklärt. Sie schlägt vor, an seiner Stelle Sonja Stirnimann als neues Mitglied zu wählen, neben den sechs Männern, die wieder kandidieren: Präsident Martin Leutenegger, Finanzdirektor Rolf Widmer als Vertreter des Regierungsrats, Jürg Zimmermann, Rudolf Stäger, Urs P. Gnos und Markus Heusler.

«Hat man im Kanton nach einer valablen weiblichen Nachfolgerin gesucht?»

AUS DER INTERPELLATION
DER SVP-LANDRATSFRAKTION

Die 43-jährige Sonja Stirnimann wird den Aktionären als Managing Partner bei der Structuul AG vorgestellt, einer Beratungs-firma für Governance, Risk, Compliance und Kommunikation. Stirnimann ist Ökonomin, diplomierte Wirtschaftsprüferin, hat einen Master of Business Administration in Finanzdienstleistungen und Versicherung sowie weitere Ausbildungen.

Sie sei für den Prüfungsausschuss vorgesehen und eine erfahrene und versier-

te Verwaltungsrätin, schreibt der GLKB-Verwaltungsrat.

SVP nimmt «mit grosser Besorgnis zur Kenntnis»

Die SVP-Fraktion nimmt den Vorschlag «mit grosser Besorgnis zur Kenntnis», weil mit ihr einmal mehr eine Person vorgeschlagen sei, die nicht aus dem Kanton Glarus stamme.

Zwar würde «die deutliche Untervertretung im Aufsichtsorgan» korrigiert - bisher gibt es keine einzige Frau im Verwaltungsrat - doch werde dieser «wiederum mit einer ausserkantonalen Persönlichkeit bestückt». Werde Stirnimann gewählt, so komme es zu einer ausserkantonalen Mehrheit.

Das werfe Fragen auf, da doch der Kanton klarer Mehrheitsaktionär sei, die Bank einen gesetzlichen Leistungsauftrag habe und sich gerne als glarnerisch und als Bank für die Glarner präsentiere.

SVP möchte lieber eine Glarner Frau suchen

Die SVP-Fraktion fragt:

■ Zwar habe die GLKB zu Recht vor allem die Untervertretung der Frauen entschärft. Aber: «Hat man im Kanton nach einer valablen weiblichen Nachfolgerin gesucht?»

■ Die SVP-Fraktion unterstütze Entpolitisierung und Ausrichtung nach fachlichen Kriterien. Aber: «Werden den Kenntnissen von «Land und Lüüt», hiesigen Gepflogenheiten und Verhältnissen genügend Rechnung getragen mit einem mehrheitlich ausserhalb des Kantons Glarus heimischen Verwaltungsrat?»

■ Die Fraktion habe zehn umliegende und vergleichbare Kantonalbanken verglichen. Und fast drei Viertel von deren Verwaltungsräten wohnten in den jeweiligen Kantonen. Darum lautet eine weitere Frage: «Ist dem Regierungsrat bewusst, dass nur zwei ihrer Verwaltungsräte von Ausserkantonalen beherrscht sind?»

■ «Mit welcher Begründung kann diese deutliche Abweichung vom Durchschnitt begründet werden?»

Der Regierungsrat hat nun drei Monate Zeit, um die Interpellation zu beantworten. Er könnte aber laut Landratsverordnung auch Gründe angeben, warum er eine Antwort verweigert.



Ein paar Fragen: Die Landratsfraktion der SVP zeigt sich in ihrer Interpellation «besorgt», weil Peter Rufibach im Verwaltungsrat der Glarner Kantonalbank mit einer «ausserkantonalen Persönlichkeit» ersetzt werden soll. PRESSEBILD

Flurnamenwissen



Schneeflucht

Schnee, wie jener an der Fahrt, kann auch im Sommer auf höher gelegenen Alpen fallen. Ein Beweiden dieser verschneiten Flächen ist dann unmöglich, die Tiere magern rasch ab, trüchtige Tiere verwerfen nicht selten, und es können sich auch alle möglichen Krankheiten einstellen.

Schlimm sind zur Zeit solcher Schneefälle jene Alpen dran, auf denen es keine Hütten und nicht genügend Futtervorräte gibt. Hier setzt aber das alte Recht der «Schneeflucht» ein. Darunter versteht man die Notwendigkeit, gegebenenfalls niedriger gelegene Gebiete aufsuchen und beweiden zu dürfen. Dieses Recht gibt es in der Schweiz schon seit Jahrhunderten. Natürlich bietet es wenig Nutzen, wenn die für die Schneeflucht bestimmten Plätze bereits abgeweidet sind.

Bei einem unerwarteten Schneefall während der Sömmerung treibt der Hirte des Bächistafel (Klöntal) sein Vieh an den tiefsten Punkt der Alp, an dem die Tiere etwas geschützt sind. Er ergreift die Flucht vor dem Schnee.

Dieser Ort ist auf der Flurnamenkarte denn auch offiziell als «Schneeflucht» aufgeführt. (RED)

Auszug aus dem Buch «Die Flurnamen der Gemeinde Glarus», das Oktober/November erscheinen wird.

PRESSERAT

Vorwürfe sind unbegründet

ABGEBLITZT Der Liedermacher Linard Bardill hat nach den Bündner Regierungsratswahlen vom Juni 2018 beim Schweizer Presserat Beschwerde eingereicht. Er wirft darin der Mediengruppe Samedia und besonders der «Südostschweiz» vor, fast nur negative Leserbriefe zu seiner Person veröffentlicht und seine Kandidatur weitgehend totgeschwiegen zu haben.

Der Presserat kann keinen der von Bardill erhobenen Vorwürfe nachvollziehen, wie er gestern mitgeteilt hat. In der «Südostschweiz» erschienen seit Bardills Eintritt in den Wahlkampf fast jeden Tag Artikel, in denen er Thema war.

Zudem sei es «offensichtlich» auch nicht korrekt, dass die «Südostschweiz» fast nur negative Leserbriefe zu Bardill veröffentlicht habe. Der Presserat wies Bardills Beschwerde in allen Punkten ab. (RED)

Leserbriefe

Eine Zumutung für Mensch, Tier und Natur

Ausgabe vom 11. April:
zum Artikel «Es ist alles gesagt, jetzt kann die Diskussion starten»

Der Regierungsrat hat sich sehr sorgfältig mit dem Standort Windanlage in Glarus Nord auseinandergesetzt. Er hat das Ansinnen Windkraft aus dem Richtplan gestrichen. Am 24. April wird der Landrat darüber erneut abstimmen. Alle sind sich bewusst, dass für die künftige Stromproduktion Alternativen gesucht werden müssen. Aber muss man in einem so schönen Naherholungsgebiet und kleinen Kanton wie Glarus gerade mit solchen 200 Metern riesigen Ungetümen auffahren?

Der Kanton Glarus hat bis heute für die Produktion von Naturstrom unglaublich viel in Wasserkraft, Strom aus der Kerichtverbrennung und Fotovoltaik und so weiter

investiert. Da brauchen wir die Anbieter und Konkurrenten aus dem Nachbarkanton St. Gallen sicher nicht. Der Kanton St. Gallen bietet riesige Flächen, auf denen so ein Windpark besser realisiert werden könnte. Die Dorfbewölkerung von Bilten ist sehr verunsichert.

Das zeigen auch die vielen Leserbriefe und Diskussionen in Bilten. Ich glaube jeder von uns, der im Kanton Glarus wohnt, möchte keinen Windpark mit einer solchen Dimension vor der Haustüre haben. Die vielen Nachteile, welche diese Ungetüme mit sich bringen, Landschaftsverhandlung, gesundheitliche Probleme, Kosten/Nutzenverhältnis und so weiter rechtfertigen keinesfalls eine solche Alternative.

Geschätzte Landrätinnen und Landräte, bitte erhalten Sie das Tor zum schönen Glarnerland als Naherholungsgebiet und lassen Sie uns in Bilten ohne diese 200 Meter hohen Ungetüme leben. Wenn diese gebaut

werden, haben wir und unsere Kinder diese ein Leben lang vor unserer Haustüre, und das wäre dann nicht mehr so lebenswert. Stellen Sie sich vor, sie würden eines Tages mit einem solchen Windpark in dieser Dimension konfrontiert werden! Was würden Sie tun?

Investieren wir lieber weiter in Wasserkraft, Solar-Fotovoltaikanlagen und so weiter. Nutzen wir das teuer gebaute Kraftwerk Linth-Limmern. Es gibt so viele Alternativen. Entscheiden Sie, wie es unser Regierungsrat in weiser Form getan hat.
Rudolf Schmid, Bilten,
alt Gemeinderat

Keine grossen Windräder in Bilten

Ausgabe vom 11. April:
zum Artikel «Es ist alles gesagt, jetzt kann die Diskussion starten»
Die Fusion zu drei Gemeinden an der Landsgemeinde wurde in der ganzen Schweiz bestaunt

und bewundert. Nun zeigt sich aber, dass nicht alles Gold ist, was glänzt. Nehmen wir den Bau der Windkraftwerke in Bilten. Wir sind in Glarus Nord acht Gemeinden zusammengeschlossen und sieben davon können sozusagen bestimmen, was in der achten Gemeinde gebaut werden soll. Ob es den Bewohnern dieser Gemeinde passt oder nicht, sie haben es zu erdulden.

Nun noch zum Landrat, der eigentlich zum Schutz und Wohl des ganzen Kantons verantwortlich sein sollte. Die Verschandelung des Eingangs zu unserem schönen Glarnerland durch die Windräder lassen viele Landräte zum Politikum verkommen, wo das Wohl der Menschen nur untergeordnete Bedeutung hat.

Seid mutig und lasst es am 24. April (Landratssitzung) nicht zu, dass der Regierungsratsentscheid, «Nein zu den Windrädern in Bilten», umgestürzt wird!
Fritz Tschudi-Rais, Näfels

INSERAT

glarner musikschiule

Instrumentenparcours
(Tag der offenen Tür)
am 27.4.2019, 10.30 - 13.30 Uhr,
Haus Insel, Glarus

Jederzeit Gratis-Schnupperlektionen

www.glarnermusikschule.ch
055 640 52 10